



VAdM-Kurier

42. Ausgabe: Februar 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
42. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Februar 2023

Inhalt:

editorial	Seite	1
Härtefallregelung im Landtag von Rheinland-Pfalz	Seite	2
Lektionen, die nicht aus den Pentagon-Papieren gelernt wurden	Seite	4
<i>Neu: Gesellschaft und Politik</i>	Seite	8
Auszug: Rede Sahra Wagenknecht	Seite	8
Zum Nachdenken: Initiative „Nicht weiter so“	Seite	11
Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung (Teil 3)	Seite	14
<i>Neues aus dem Osten</i>	Seite	17
Koloniale Verstrahlung in Westpreußen	Seite	17
Literaturhinweise	Seite	19
Reiseziele/Impressum	Seite	21

Bild links zu Beitrag : Bertha von Suttner;
rechts: Preussen-Kurier, Dezember 2022, S. 19.

editorial

Mehrfach wurde an dieser Stelle auf die Unzulänglichkeiten des am 18. November 2022 von der Bundesregierung beschlossenen Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer sowie die Benachteiligten in der DDR-Rentenüberleitung verwiesen.

Anfang der 1990er Jahre wurden durch das Fremdrentengesetz (FRG) die Rentenbezüge der genannten Gruppen zunächst um 30 Prozent und später um 40 Prozent gekürzt und laut §22 b FRG für nach dem 6. Mai 1996 aus Osteuropa Zugewanderte sogar mit einer Deckelung auf 25 bzw. 40 Entgeltpunkte bei Bezug einer zweiten Rente verknüpft.

Die Bundesregierung sowie die Union beweisen mit dieser unzureichenden Regelung, daß ihr diese Wähler – insbesondere aber die Vertriebenen und Aussiedler –, die seinerzeit in der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* für Frieden und Gewaltverzicht eintraten, und deren wirtschaftliche Benachteiligung völlig egal sind. Bis heute hat sich, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, kein weiteres Bundesland bereiterklärt, dem Härtefallfonds beizutreten.

Für machtpolitische Aktionen hingegen sind hingegen genügend finanzielle Mittel vorhanden: „Der Gesamtwert der im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum **27. Februar 2023** von der Bundesregierung erteilten Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern beträgt **2.591.542.240 Euro.**“ (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>)

Vadim Derksen

Herbert Karl

Bertha von Suttner



Memoiren
der Friedensaktivistin
und Nobelpreisträgerin
Bertha von Suttner



Ostpreußen – Reiseprospekt 1930er Jahre (Foto: pinterest)

Rede zum AfD-Antrag „Landesbeteiligung am Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht“, 2. März 2023:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen!

Das Ärzte-Ehepaar Schneider siedelte 1988 aus dem kommunistischen Polen in die Bundesrepublik aus. Frau Schneider wurde in Polen von der Polizei gefoltert, ihr Mann von seinem Chef schikaniert. Er befürchtete, ihm könnte etwas untergeschoben werden.

Als dann auch noch die Tochter auf ihrem Heimweg von der Universität von einem Polizisten entführt werden sollte, fassten die Schneiders den Entschluss zur Aussiedlung als deutsche Volkszugehörige gemäß Kriegsfolgenrecht.

Aus dem von der Bundesregierung am 18. November 2022 beschlossenen Härtefallfonds für Personen mit gesetzlichen Renten in Grundsicherungsnähe wird das Ehepaar Schneider keinen Cent erhalten.

Warum? – Weil die Schneiders vor dem 1. Januar 1993 in die Bundesrepublik kamen, gelten sie als Aussiedler und nicht als Spätaussiedler. Nur Spätaussiedler werden von den Zahlungen aus dem Härtefallfonds berücksichtigt.

Eine künstliche Unterscheidung, durch ein willkürliches Datum. Klar ist auch, dass die Bundesregierung davon ausgeht, dass gerade einmal 60.000 Spätaussiedler eine Einmalzahlung erhalten werden.

Und klar ist nach Überzeugung meiner Fraktion vor allem, dass es sich bei der aktuellen Ausgestaltung des Härtefallfonds um eine nicht nachvollziehbare Geringschätzung der Arbeits- und Lebensbiographien unzähliger ausgesiedelter Landsleute aus dem Osten handelt, wenn einmalig lediglich bis zu 2500,- Euro gezahlt werden sollen. Oder 5000,- Euro, sofern sich ein Bundesland an der Stiftung beteiligt.

Eine erhebliche Gerechtigkeitslücke tut sich auch hinsichtlich der Ost-West-Rentenüberleitung auf: *500.000 Landsleuten aus der einstigen DDR wurden Zusatz- und Betriebsrentenansprüche vorenthalten. Nur ein kleiner Teil davon soll nun mit der erwähnten niedrigen Einmalzahlung abgespeist werden.*

Während Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit nach Klagen Ende der 1990er Jahre ihre Sonderrenten ausgezahlt bekamen, gingen Berufsgruppen mit Zusatzversorgungssystemen wie Eisenbahner oder Krankenschwestern bislang leer aus. Das ist ein Skandal! Weil die wenigsten dieser Berufsgruppen von Altersarmut betroffen sind, werden sie nun erneut leer ausgehen.

Zum Begriff „Härte“:

Ein Härtefall liegt aus unserer Sicht nicht nur vor, wenn jemand von Altersarmut betroffen ist, sondern auch dann, wenn die Lebensleistung nicht anerkannt wird. Das ist der traurige Fall bei den Aussiedlern und Spätaussiedlern, bei zahlreichen Mitbürgern aus der DDR sowie bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen.

Stellvertretend für das Schicksal vieler eigentlich sehr gut ausgebildeter jüdischer Kontingentflüchtlinge sei hier auf die Familie der Journalistin Erica Zingher verwiesen. Der Vater Jurist, die Mutter Ärztin.

Weder die zu Sowjetseiten erworbenen Ausbildungen der Großeltern noch das Studium der Eltern wurden anerkannt. Die Folge: Die Familie bestritt ihren Lebensunterhalt mit schlecht bezahlten Tätigkeiten.

Aus dem Forschungsprojekt „Zuwanderer aus Russland und anderen GUS-Staaten – Jüdische Zuwanderer“ – durchgeführt im Referat Migrations- und Integrationsforschung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge – geht folgendes hervor:

- + Der Anteil an Wissenschaftlern und Technikern unter dieser Gruppe ist auffällig hoch.
- + Bei den Wissenschaftlern liegt die Quote mit 18 Prozent höher als bei den hiesigen Deutschen mit 15 Prozent und mehr als doppelt so hoch wie bei den in Deutschland lebenden Ausländern. Da sind es acht Prozent.
- + 16 Prozent der 18- bis 60-jährigen jüdischen Zuwanderer haben beispielsweise den Beruf des Physikers, Mathematikers oder Ingenieurs erlernt. Also alles Qualifikationen, die wir bei uns dringend brauchen!

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung von S. 2

An dieser Stelle möchte ich auf einen grundlegenden Einwand eingehen, der die finanziell ohnehin extrem angespannte Situation unserer Rentenkasse als Ausgangspunkt hat.

Warum sollen vor diesem Hintergrund, so wird häufig gefragt, überhaupt Fremdretenansprüche geltend gemacht werden können? Oder anders gesagt: Warum sollen die genannten drei Gruppen aus dem Härtefallfonds angemessen entschädigt werden?

Bei den Aussiedlern und Spätaussiedlern geht es vor allem um Solidarität mit im Gefolge des Zweiten Weltkrieges unverschuldet kollektiv diskriminierten deutschen Minderheiten, die jahrzehntelang Opfer kommunistischer Unterdrückung waren.

Diese im eigenen Bewusstsein in die „Urheimat der Vorfahren“ zurückgekehrten Landsleute haben eine nachweislich höhere Geburtenrate als die bundesdeutsche Stammbevölkerung, verzeichnen von daher eine positive Rentenbilanz und sind in der Regel gut integriert.

Was unsere rentenrechtlich massiv benachteiligten Mitbürger aus dem Gebiet der früheren DDR betrifft, geht es ganz klar um soziale Gerechtigkeit. Auch sie sind Opfer einer kommunistischen Diktatur und wollen und müssen hinsichtlich ihrer Lebensleistung anerkannt werden, sowohl symbolpolitisch als auch nach Möglichkeit konkret finanziell.

In Bezug auf die jüdischen Kontingentflüchtlinge ist hervorzuheben, dass es sich um eine geschichtspolitisch begründete Zuwanderungspolitik im besten Sinne handelt, nämlich um einen Zuzug vielfach hochgebildeter Fachkräfte, die bzw. deren Familien Opfer zweier schrecklicher Diktaturen waren: des Nationalsozialismus und des Kommunismus.

Befremdlich ist der Umgang des Bundes und der Länder mit der aufgezeigten Thematik. Die CDU/CSU, seit 2005 im Bund die Regierung anführend, hat erst 2018 die Initiative ergriffen und einen Kompromiss ausgehandelt.

Dieser Kompromiss wurde nun von der Ampel-Regierung in Berlin verworfen. Der Bund kürzt die Mittel um die Hälfte und entlässt die Länder aus ihrer Verantwortung. Statt zwei Milliarden Euro verbleiben gerade mal 500 Millionen Euro.

Rheinland-Pfalz verweigert sich bislang einer finanziellen Beteiligung am Härtefallfonds, wie die Landesregierung am 5. Januar 2023 auf Antrag der AfD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation bekräftigte.

Es ist allerdings nicht so, dass Rheinland-Pfalz mit dem Härtefallfonds bzw. den anspruchsberechtigten Gruppen nichts zu tun hat. Wie Große Anfragen der AfD-Fraktion ergaben, lebten 2019 in unserem Bundesland 153.000 Aussiedler und Spätaussiedler sowie weitere 80.000 Personen als Nachkommen von mindestens einem Aussiedler-Elternteil. Das sind knapp sechs Prozent der Gesamtbevölkerung.

Außerdem gelangten allein zwischen Januar 1950 und September 1990 – also noch vor der Wiedervereinigung – rund 200.000 DDR-Übersiedler und Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz.

Ferner lebt bei uns eine erhebliche Zahl an jüdischen Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion. Deshalb heute mein Appell an die Landesregierung:

Gehen Sie in sich, beteiligen Sie sich an diesem äußerst wichtigen Fonds und stimmen Sie unserem Antrag zu! Es ist nicht mehr viel Zeit, denn die Frist läuft am 31. März ab.

Vielen Dank!

Martin L. Schmidt, MdL Rheinland-Pfalz, AfD-Fraktion

Lektionen, die nicht aus den Pentagon-Papieren gelernt wurden

von Prof. Alfred de Zayas

Im Juni 1971, auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs, veröffentlichte Dr. Daniel Ellsberg^[1], ein Militäranalyst der US-Regierung bei der Rand Corporation und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Massachusetts Institute of Technology, der New York Times und der Washington Post was wurden als „Pentagon Papers“ bekannt, 47 Bände vertraulicher Aufzeichnungen mit etwa 7000 Seiten geheimer Regierungsberichte, die die Beteiligung der USA an „schmutzigen Tricks“ und illegalen Aktionen unter den Präsidentschaften von Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon dokumentierten. Die Dokumente zeigten, dass aufeinanderfolgende US-Präsidenten das amerikanische Volk belogen hatten, dass falsche Flaggen organisiert, „gefälschte Nachrichten“ verbreitet und falsche Erzählungen von aufeinanderfolgenden Verteidigungsministern herausgegeben worden waren. Als ein der Redakteur der New York Times schrieb: „Die Johnson-Administration hatte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch den Kongress über ein Thema von transzendentelem nationalen Interesse systematisch belogen“^[2].

Die rationalen Implikationen der Pentagon-Papiere wurden dem damaligen Präsidenten Richard Nixon von seinem Stabschef HR Haldeman prägnant artikuliert. Unter dem Strich würde das amerikanische Volk durch solche Enthüllungen das Gefühl haben, dass „man der Regierung nicht vertrauen kann; Sie können nicht glauben, was sie sagen; und Sie können sich nicht auf ihr Urteil verlassen; . . . die implizite Unfehlbarkeit von Präsidenten, die in Amerika eine akzeptierte Sache ist, wird dadurch schwer verletzt, weil es zeigt, dass . . . der Präsident sich irren kann“^[3].

Daraufhin beantragte Nixon eine einstweilige Verfügung, um eine weitere Veröffentlichung zu verhindern, verlor jedoch den Fall vor dem US Supreme Court ^[4], der mit 6 zu 3 entschied, dass die Veröffentlichung legal sei, da die Pressefreiheit eine der „modernen Säulen“ der First Amendment Rights ist^[5].

Rückblickend erkennen wir, dass Dr. Ellsberg ethisch gehandelt und dem amerikanischen Volk einen notwendigen Dienst erwiesen hat, indem er Verbrechen aufgedeckt hat, die in unserem Namen begangen wurden, aber von aufeinanderfolgenden Regierungen vertuscht oder geleugnet wurden. Wie Dr. Ellsberg sagte, als er sich am 28. Juni 1971 vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Bezirk Massachusetts ergab: „Ich hatte das Gefühl, dass ich als amerikanischer Staatsbürger, als verantwortungsbewusster Bürger, nicht länger daran mitarbeiten könnte, diese Informationen vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu verbergen. Ich habe dies eindeutig auf eigene Gefahr getan und bin bereit, alle Konsequenzen dieser Entscheidung zu tragen^[6]. In der Tat, wie ich selbst in einem Buch über Geheimhaltung in der Regierung geschrieben habe, ist Geheimhaltung ein Wegbereiter für Kriminalität und ein Förderer von Negationismus^[7].

Ellsberg wurde anschließend nach dem archaischen Espionage Act (1917, erlassen nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg) wegen Spionage, Diebstahl und Verschwörung angeklagt, was 115 Jahre Gefängnis hätte bedeuten können. Während seines Prozesses im Jahr 1973 versuchte Ellsberg, seine Handlungen zu erklären, nämlich dass die Dokumente *illegal* klassifiziert wurden, um sie nicht vor einem Feind, sondern vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu schützen. Das Gericht entschied jedoch, dass dieses Argument „irrelevant“ sei, und Ellsberg wurde zum Schweigen gebracht, bevor er beginnen konnte. Im Jahr 2014 schrieb Ellsberg in *The Guardian*, dass sein „Anwalt verärgert sagte, er habe noch nie von einem Fall gehört, in dem es einem Angeklagten nicht gestattet sei, den Geschworenen zu sagen, warum er getan habe, was er getan habe“. Der Richter antwortete: „Nun, Sie hören jetzt einen“. Und so war es mit jedem weiteren angeklagten Whistleblower“^[8]. Dennoch gelang es Ellsbergs Anwalt, dem Harvard-Professor Charles Nesson ^[9], nachzuweisen, dass die Regierung illegal abgehört und der Verteidigung entscheidende Beweise von der Staatsanwaltschaft vorenthalten worden waren. Der Prozess dauerte vier Monate und endete mit der Abweisung aller Anklagepunkte. Dr. Ellsberg wurde zum berühmtesten Whistleblower in der Geschichte der USA, und einige Leute begriffen, dass es notwendige Grenzen für die Geheimhaltung und für das gab, was Regierungen tun durften. Weit davon entfernt, Verräter zu sein, waren Whistleblower Bürger mit Gewissen und bürgerlicher Verantwortung, wahre Verteidiger der Menschenrechte.

Fortsetzung auf S. 5



Bildquelle: Time magazine – Fair Use

Wer heute die Pentagon-Papiere liest, mag ein „Déjà-vu“-Gefühl haben – aber als ich vor 50 Jahren die Berichte las, erlebte ich bei unseren Regierungsbeamten Enttäuschung, dann Traurigkeit, dann Wut. Meine Idealisierung einer Regierung unter Rechtsstaatlichkeit, einer Regierung, die dem Wohlergehen des amerikanischen Volkes verpflichtet ist, die sich dem Aufbau einer gerechten Welt verschrieben hat, ist zusammengebrochen. Ob es mir gefiel oder nicht, ich musste akzeptieren, dass Personen, denen ich bisher vertraut hatte, mich und ganz Amerika im Stich gelassen hatten. Der Krieg in Vietnam war kein „Bürgerkrieg“, sondern eine klare Aggression der Vereinigten Staaten gegen die Menschen in Vietnam, nicht für ihr oder unser Wohlergehen, sondern zur Befriedigung der Ideologen der US-Denkfabriken, des militärisch-industriellen Komplexes, bereits 1961 von Eisenhower verurteilt^[10], und diejenigen, die die „Domino“-Theorie erfunden haben. Die Lügen und falschen Flaggen waren überall in den Medien, und viele meiner Freunde von der High School und dem College hatten sich freiwillig gemeldet, um für „Demokratie“ in Vietnam zu kämpfen. Drei meiner Freunde wurden getötet. Sie haben ihr Leben nicht für „Demokratie“ oder „Gerechtigkeit“ aufgegeben, sondern für die geopolitischen Illusionen einiger Größenwahnsinniger und falsch gemeinter „Intellektueller“ in Washington. Ich erinnerte mich an das Samuel Johnson zugeschriebene Zitat „Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert“ (1791).

Im Jahr 2017 veröffentlichte 20th Century FOX das historische Drama *The Post*^[11] unter der Regie von Steven Spielberg, das sich auf die Rolle der *Washington Post* bei der Verteidigung der Pressefreiheit und des Rechts des amerikanischen Volkes, zu erfahren, was getan wird, konzentriert unser Name. Der Dialog zwischen den realen Charakteren ist es wert, noch einmal angehört zu werden. Meryl Streep überzeugt als *Post*-Herausgeberin Katharine Graham, Tom Hanks als Chefredakteur der *Post*, Ben Bradlee.

Lassen Sie uns jetzt schnell vorspulen zu „Wüstensturm“ und dem Krieg gegen den Irak wegen seiner Invasion in Kuwait 1990, der Gefangennahme Saddam Husseins durch US-Beamte, den Propagandalügen, die verwendet wurden, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, dass Saddam ein weiterer Hitler war.^[12] Denken Sie an das Vorfeld der Nato-Bombardierung Jugoslawiens 1999^[13], die absichtliche Übertreibung ethnischer Säuberungen im Kosovo und die Anachronismen, die nach dem Krieg praktiziert wurden, um sie rückwirkend zu rechtfertigen^[14]. Ändern Sie die Namen und die Orte, und wir haben ähnliche Szenarien von Fehlverhalten der Regierung, Geheimhaltung, Vertuschung, falschen Flaggen, falschen Erzählungen und Gräueltgeschichten^[15] wie in den Pentagon-Papieren. Wir können den anhaltenden Informationskrieg überprüfen, der darauf abzielt, den Anspruch der USA auf Welthegeemonie zu rechtfertigen – ihn in den Augen des amerikanischen Volkes zu rechtfertigen, um es plausibel erscheinen zu lassen, dass das, was unsere Regierung sagt, wahr ist und dass das, was die Regierung tut, gerecht ist.

Die Beweise sind überall im Internet und in wissenschaftlich recherchierten Büchern zu finden. Es ist nur notwendig, unsere Augen zu öffnen, zu lesen, mit unseren Freunden zu diskutieren. Aber zuerst müssen wir die Schuppen über unseren Augen ablegen und akzeptieren, was das amerikanische Volk 1971 akzeptiert hat, dass unsere Regierung systematisch lügt. [Wir haben ähnliche Szenarien in Bezug auf unsere Kriege in Jugoslawien^{\[16\]}, Afghanistan^{\[17\]}, Irak^{\[18\]}, Libyen \(2011\)^{\[19\]}, Syrien \(laufend\)^{\[20\]}, in Bezug auf die Ereignisse auf dem Maidan^{\[21\]} gesehen. 2014 auf der Krim^{\[22\]} und Donbass sowie seit 2022 im Stellvertreterkrieg der USA/NATO in der Ukraine. Wir schwimmen in einem Meer offizieller Lügen. Am aufschlussreichsten ist die US-Beteiligung und Leugnung der Sprengung der Nordstream-Pipelines^{\[23\]}.](#)

Scrollen Sie nun zurück zu der offiziellen Manipulation der öffentlichen Meinung, die in den Pentagon-Papieren aufgedeckt wurde. Warum haben wir aus diesen Enthüllungen nichts gelernt? Und nach den spektakulären Lügen, die uns unsere Regierungen über Saddam Hussein und seine Massenvernichtungswaffen erzählten, nach der Blamage, vor dem UN-Sicherheitsrat offen zu lügen^[24], nach der Enthüllung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Irak und in Afghanistan Wikileaks, wie können wir irgendetwas glauben, was uns das Außenministerium oder das Pentagon sagt?

Warum wollen viele Amerikaner immer noch den unglaublichen Dementis des Außenministeriums und des Pentagon glauben, wenn es um Nordstream geht? Warum sind die Mainstream-Medien heute keine Wachhunde mehr, sondern fungieren als Echokammer für Regierungspropaganda, oder schlimmer noch, wenn die Medien zu einem Angriffshund werden, der diejenigen einschüchtert und zensiert, die von der offiziellen Erzählung abweichen? *Was ist mit der New York Times, der Washington Post* passiert und den Großteil der „Qualitätspresse“ der letzten 50 Jahre? Es scheint, dass nur die US-Regierung aus den Pentagon-Papieren gelernt hat, sich angepasst hat, um das Risiko der Offenlegung besser zu kontrollieren, Verbrechen besser zu verschleiern, und gelernt hat, wie man die Mainstream-Medien an der Leine hält, als prominenter Professor an der Universität von Kolumbien und Berater von vier UN-Generalsekretären, Jeffrey Sachs, mit der offiziellen Linie nicht einverstanden ist, wird er aus der Luft gerissen, weil er das Offensichtliche gesagt hat – dass die USA hinter der Sprengung von Nordstream stecken.^[25] Während die Enthüllungen in den Pentagon-Papieren von enormer und dringender Relevanz für unsere Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine sind, bestimmt die US-Regierung die Musik, und diejenigen, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen, werden ignoriert, diffamiert, lächerlich gemacht.

Daniel Ellsberg war und ist auf der richtigen Seite der Geschichte und des gesunden Menschenverstands, wenn er uns daran erinnert, dass ungeachtet aller Narrative unserer Regierung „ein gescheiterter Krieg genauso profitabel ist wie ein gewinnender ... Es ist der alte lateinische Slogan, Cui Bono, der Vorteile? . . . Wir sind schließlich keine europäische Nation und wir haben keine besondere Rolle in der Europäischen Union. Aber in der NATO – das ist, wie die Mafia sagt, *Cosa Nostra*, unser Ding – kontrollieren wir die NATO ziemlich genau, und die NATO gibt uns einen Vorwand und einen Grund, jetzt enorme Mengen an Waffen an die Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts zu verkaufen . . . Russland ist ein unverzichtbarer Feind.“^[26]

Wir brauchen heute mehr denn je eine freie Presse, aber wir haben sie nicht. Wir brauchen investigative Journalisten wie Seymour Hersh, aber sie sind eine fast ausgestorbene Spezies. Wir brauchen energische alternative Medien, die uns die Informationen liefern, die die „Qualitätspresse“ unterdrückt. Wir brauchen Akademiker mit Mut und intellektueller Ehrlichkeit wie die Professoren Nils Melzer^[27], John Mearsheimer^[28], Jeffrey Sachs, Richard Falk, die die Tatsache akzeptieren, dass sie für ihren Einsatz für Wahrheit und Rechtsstaatlichkeit einen Preis zahlen müssen. Wir brauchen Whistleblower, die genau wissen, was mit der Bombardierung der Nordstream-Pipelines passiert ist. Schweigen ist in solchen Fällen nicht ehrenhaft. Es bedeutet, terroristische Aktivitäten zu vertuschen.

Wir brauchen Dokumentationen und Hollywood-Filme, die die breite Öffentlichkeit darüber aufklären, was heute vor sich geht und wie sich das nicht nur auf die Zukunft der Amerikaner, sondern auch des Rests der Welt auswirken wird. Wir brauchen einen neuen Blockbuster von 20th Century Fox wie *The Post*, mit einer Geschichte über die Lügen und Vertuschungen im Vorfeld der Kriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und der Ukraine. Wir brauchen seriöse Dokumentarfilme über das Programm der „außerordentlichen Überstellungen“, über Folter in Abu Ghraib und Guantanamo, über die Bombardierung der Nordstream-Pipelines. Wer wird die Rollen von George W. Bush, Barak Obama, Donald Trump, Joe Biden, Antony Blinken und Victoria Nuland spielen? Wer wird die Rollen von Julian Assange, Edward Snowden^[29], Chelsea Manning^[30] spielen?, Jeffrey Sterling^[31], John Kiriakou^[32]? Ich schlage keinen Film mit einer einfachen binären Handlung vor – Gut gegen Böse. Ich meine einen Film mit all den Komplexitäten, die eine Interessenabwägung erfordert, der die Gewissenskrise von Regierungsbeamten verdeutlicht, die die Wahrheit der Zweckmäßigkeit opfern, von „Patrioten“, die nur „mein Land richtig oder falsch“ sehen und nicht verstehen können, das langfristige Patriotismus, Wahrheit und Weisheit erfordert. Ein solcher Film soll die Existenzangst von Whistleblowern spürbar machen, die enorme persönliche Risiken eingehen – weil sie es müssen, weil ihr Gewissen sie zum Handeln zwingt. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, die Verfolgung von Julian Assange und die Komplizenschaft der Medien bei seiner Verfolgung zu überdenken. Ist von der Begründung des Urteils des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache *New York Times Co. gegen die Vereinigten Staaten noch etwas übrig?*, 1971, oder im Freispruch im Verfahren gegen Daniel Ellsberg 1973?

Zu den Lektionen, die wir noch lernen müssen, gehört, dass wir Transparenz und Rechenschaftspflicht von allen unseren gewählten Amtsträgern und Institutionen verlangen müssen, weil alle Regierungen lügen, die einen mehr, die anderen weniger. Auch dann müssen wir eine gesunde Skepsis gegenüber dem hegen, was wir in den Medien lesen. Wir wissen, dass wir schon einmal belogen wurden, und wir müssen damit rechnen, dass wir in Zukunft belogen werden. Wir sind es uns selbst und unserer Zivilisation schuldig, wachsam zu bleiben gegenüber der Korruption bestimmter Institutionen und dem allgemeinen Vertrauensverlust durch Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit. Wir brauchen mehr Whistleblower, nicht weniger. Wir brauchen auch eine **Charta der Rechte von Whistleblowern**, damit sie nicht länger Verfolgung und bössartiger Rechtspflege ausgesetzt sind. Wir müssen den Mut haben zu verstehen, dass die gleichen Kräfte, die uns die Katastrophen in Vietnam und Afghanistan gebracht haben, uns wahrscheinlich weitere Katastrophen in der Ukraine und anderswo bringen werden. Wir müssen lernen zu akzeptieren, dass die unipolare Welt ein Dinosaurier ist und dass das Überleben der Menschheit Kompromisse erfordert, einen vernünftigen *Modus Vivendi*, der auf der UN-Charta basiert und von einem Gefühl der Brüderlichkeit in internationaler Solidarität gestützt wird.

Anmerkungen.

[1] Ellsberg, Daniel, *Secrets: A Memoir of Vietnam and the Pentagon Papers*. New York: Viking Press, 2003. Siehe auch: Ellsberg, *The Doomsday Machine: Confessions of a Nuclear War Planner*. Bloomsbury Publishing, 2017. Im Jahr 2020 sagte Ellsberg zur Verteidigung von Julian Assange während seiner Auslieferungsanhörungen aus, <https://apnews.com/article/julian-assange-daniel-ellsberg-archive-extradition-united-states-2fe79f6b7e3171b3865cdccc3eccc822> . <https://www.bbc.com/news/av/world-us-canada-63832899>

[2] RW Apple, „Pentagon Papers“, *The New York Times*, 23. Juni 1996.

[3] <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB48/nixon.html>

[4] *New York Times Co. gegen Vereinigte Staaten*, 403 US 713 (1971)

[5] <https://web.archive.org/web/20110318192603/>

<http://www.america.gov/st/democracynenglish/2008/June/20080630215145eafas0.6333842.html>

[6] <https://www.upi.com/Archives/Audio/Events-of-1971/The-Pentagon-Papers>

[7] Alfred de Zayas, *Völkermord als Staatsgeheimnis*, (Völkermord als Staatsgeheimnis – Umgang u. a. mit dem Völkermord an den Armeniern, dem Holocaust, Halabja und Srebrenica), Olzog Verlag, München 2011.

[8] <https://www.theguardian.com/commentisfree/2014/may/30/daniel-ellsberg-snowden-fair-trial-kerry-espionage-act>

[9] Nesson war von 1967 bis 1968 mein Professor in Harvard gewesen.

[10] [history.com/this-day-in-history/eisenhower-warns-of-military-industrial-complex](https://www.history.com/this-day-in-history/eisenhower-warns-of-military-industrial-complex)

[11] https://www.imdb.com/video/vi11581465/?playlistId=tt6294822&ref=tt_ov_vi

[12] 1990 sagte ein kuwaitisches Mädchen namens Nayirah im Kongress aus, dass sie sah, wie irakische Truppen Babys aus Inkubatoren warfen. Amnesty bestätigte ihre Geschichte, und dies wurde verwendet, um die Öffentlichkeit dazu zu bringen, den Krieg zu unterstützen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass das Ganze eine von einer PR-Firma erfundene Lüge war.

<https://twitter.com/i/status/1629494534546636800>

<https://www.wearethemighty.com/articles/5-reasons-why-saddam-hussein-thought-he-could-invade-kuwait-and-win/>

[13] <https://www.theguardian.com/world/1999/apr/06/balkans.nato>

[14] <https://www.counterpunch.org/2019/08/20/americas-forgotten-bullshit-bombing-of-serbia/>

[15] A. B. Abrams, *Atrocity Fabrication and its Consequences*, Clarity Press, 2023. <https://www.claritypress.com/product/atrocity-fabrication-and-its-consequences-how-fake-news-shapes-world-order/>

[16] https://www.huffpost.com/entry/the-us-war-on-yugoslavia_b_211172

<https://www.telesurenglish.net/analysis/US-NATO-Lies-to-Justify-Genocide-and-Destruction-in-Yugoslavia-20160323-0005.html>

[17] <https://theintercept.com/2021/09/08/afghanistan-iraq-generals-soldiers-disciplined-911/>

[18] <https://www.dw.com/en/the-iraq-war-in-the-beginning-was-the-lie/a-43301338>

[19] <https://www.theguardian.com/world/2011/apr/29/diplomat-gaddafi-troops-viagra-mass-rape>

<https://www.voltairenet.org/article169513.html>

[20] <https://www.newsweek.com/now-mattis-admits-there-was-no-evidence-assad-using-poison-gas-his-people-801542>

A. B. Abrams, *Weltkrieg in Syrien*, Clarity Press, Atlanta, 2020.

<https://www.claritypress.com/product/world-war-in-syria-global-conflict-on-middle-eastern-battlefields/>

Jacques Baud, *Gouverneur von Fake News*, Milo, Paris 2020.

[21] <https://jacobin.com/2022/02/maidan-protests-neo-nazis-russia-nato-crimea>

https://english.pravda.ru/world/136429-yanukovych_maidan/

<https://www.theguardian.com/world/2014/mar/05/ukraine-bugged-call-catherine-ashton-urmas-paet>

<https://twitter.com/i/status/1626718912871284737>

Durchgesickertes Anruf zwischen dem ehemaligen estnischen Außenminister Ummas Paet und der damaligen Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton – Es war nicht Janukowitsch hinter den Scharfschützen, die sowohl Maidan-Demonstranten als auch Polizisten töteten, sondern jemand aus der neuen Koalition.

[22] <https://guardianlv.com/2014/03/crimea-referendum-results-put-self-determination-to-the-test/>

<https://www.infosperber.ch/ueber-uns/>

<https://www.wissensmanufaktur.net/krim-zeitfragen>

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html>

[23] <https://seymourhersh.substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream>

<https://www.wsws.org/en/articles/2023/02/18/vaoq-f18.html>

Hersh, die USA und die Sabotage der Nordstream-Pipelines

[24] <https://www.youtube.com/watch?v=DhWlPo3qxak>

<https://www.theguardian.com/us-news/2021/oct/18/colin-powell-un-security-council-iraq>

[25] <https://nypost.com/2022/10/04/jeffrey-sachs-yanked-off-air-after-accusing-us-of-sabotaging-nord-stream/>

https://www.youtube.com/watch?v=Fv_nKyF_5g

[26] <https://www.aljazeera.com/program/upfront/2022/4/29/who-really-benefits-from-war>

[27] *The Trial of Julian Assange*, Verso Books, New York 2022.

[28] *Die große Täuschung*, Yale University Press, 2018.

[29] *Permanent Record*, Metropolitan Books, New York. 2019.

Glenn Greenwald, *No Place to Hide: Edward Snowden, the NSA and the US Surveillance State*, Hamish Hamilton, London, 2014.

[30] Denver Nicks, *Privat: Bradley Manning, Wikileaks, und die größte Offenlegung offizieller Geheimnisse in der amerikanischen Geschichte*, Chicago Review Press, 2012.

[31] <https://www.huffpost.com/author/jeffrey-sterling>

https://www.democracynow.org/2015/5/12/exclusive_cia_whistleblower_jeffrey_sterling_speaks

[32] <https://www.newyorker.com/magazine/2013/04/01/the-spy-who-said-too-much>

Alfred de Zayas ist Rechtsprofessor an der Geneva School of Diplomacy und diente von 2012 bis 2018 als unabhängiger UN-Experte für internationale Ordnung. Er ist Autor von zehn Büchern, darunter „*Building a Just World Order*“, Clarity Press, 2021.

Gesellschaft und Politik

Bereits die Pandemie hat weltweit die Fehler einer überstrapazierten „Globalisierung“ aufgezeigt; der Ukraine-Krieg hat wie in einem Brennglas, die Schiefelage des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems aufgedeckt.

Für die Belange des eigenen Wählervolkes fehlen durch die Sanktionsschleifen gegen Rußland (morgen gegen China?) schlicht und ergreifend die finanziellen Mittel. Von der Altersarmut besonders betroffen ist die ältere Generation der Vertriebenen und Spätaussiedler.

Diese allgemeinen Notlage hat die Gesellschaft längst aufgenommen: Die Spaltung der Gesellschaft hat auch die Bundesrepublik erreicht. Dies hat auch die Initiative um die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht erreicht. Ob die kolportierte Gründung einer neuen Partei – mit einem „Terminator wie ein pseudopolitisches Magazin schrieb – sei dahingestellt. Parteiübergreifende Friedensaktionen wären wesentlich leichter zu organisieren als ein Parteikorsett.

An dieser Stelle wollen wir auf einige parteiübergreifende Friedensaktivitäten hinweisen.

H.K.

Die Rede Sahra Wagenknechts in Schriftform auf der Friedensdemonstration vom 25. Februar:

(Auszug)

„Liebe Friedensfreunde! Ich bin so froh, dass ihr alle hier heute gekommen seid. Und ich weiß, dass auch viele Tausende unsere Kundgebung an den verschiedenen Livestreams mitverfolgt folgen. Ich denke, heute kann man sehen, wie viele wir sind. Und von jetzt an werden wir unsere Stimme so laut erheben, dass sie nicht mehr übergangen werden kann.

Denn liebe Freundinnen und Freunde, wir sind nicht nur viele, wir fangen jetzt auch an, uns zu organisieren. Weil: Deutschland braucht endlich wieder eine wirklich starke Friedensbewegung.

Ihr habt ja alle verfolgt, was passiert ist, als Alice Schwarzer und ich gemeinsam mit 69 Erstunterzeichner, unser Manifest für Frieden veröffentlicht haben. Da ist ein Teilen der politischen und medialen Öffentlichkeit Deutschlands eine regelrechte Hysterie ausgebrochen.

Was hat man uns nicht alles unterstellt! Was hat man uns nicht alles vorgeworfen! Uns und damit stellvertretend natürlich auch den über 600.000 Unterzeichner unseres Manifest. Wir seien zynisch, gewissenlos, amoralisch, Handlanger Putins, womöglich sogar von Putin bezahlt. Und trotzdem haben sich die Menschen nicht abhalten lassen. Sie haben unser Manifest unterzeichnet. Jeden Tag werden es mehr, die das Manifest unterzeichnen.

Und da muss ich auch nochmal sagen, das ist großartig von euch allen! Ein herzliches Dankeschön! Die Kampagne gegen uns gipfelte darin, dass man versucht hat, uns in die Nähe der extremen Rechten zu rücken. Daran sieht man, wie krank die Diskussion in Deutschland inzwischen ist.

Seit wann ist der Ruf nach Frieden, der Ruf nach Diplomatie und Verhandlungen rechts? Und Kriegsbesoffenheit ist dann wohl links!

Einige haben ja offenbar völlig ihren politischen Kompass verloren. Und ich sage auch noch mal in aller Deutlichkeit, nur um die alle abzuschrecken, die das schon wieder überall verbreiten wollen, weil es sich eigentlich von selbst versteht. Aber ich sage es trotzdem nochmal:

Selbstverständlich haben Neonazis und Reichsbürger, die in der Tradition von Regimen stehen, die für die schlimmsten Weltkriege der Menschheitsgeschichte Verantwortung tragen, auf unserer Friedenskundgebung nichts zu suchen. Das versteht sich aber wohl von selbst, dachte ich.

Aber genauso sage ich auch, jeder, der ehrlichen Herzens mit uns für Frieden und für Verhandlungen demonstrieren will, ist hier willkommen, und daraus soll man nicht so eine dumme Debatte machen. Es nervt mich, auf welchem Niveau in Deutschland inzwischen diskutiert wird. Es ist wirklich unsäglich.

Und ich finde auch – auch, das möchte ich hier nochmal sagen – wenn wir schon über Rechtschaffenheit reden – das ist ja ein Begriff, der ganz oft gefallen ist im Vorfeld der Kundgebung – wenn wir schon über Rechtschaffenheit reden, dann sollen sich die Kriegstrommler doch verdammt noch mal an ihre eigene Nase fassen! Leute, die keine Scham haben, sich mit anderen zu verbünden, die ganz echte Nazis verehren. Ich denke da zum Beispiel an den früheren Rüpel-Botschafter und den Vizeaußenminister der Ukraine, Herr Melnyk, der macht gar keinen Hehl daraus.

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Melnyk und auch andere Größen dieses Landes machen doch gar kein Hehl daraus, dass sie beispielsweise in dem Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera einen nationalen Heroen sehen, und ich erinnere daran: Bandera, der Antisemit, ist mitverantwortlich für die Ermordung von tausenden Juden, Polen und Russen.

Und dieser Mann wird von Melnyk und anderen verehrt, und unsere Kriegstrommler machen sich mit denen gemein und erzählen uns etwas über Querfront und Rechtsoffenheit. Was ist das für eine verlogene Debatte! Das möchte ich ja auch nochmal deutlich sagen.

Aber das hysterische Gebrüll in Teilen der Politik und der Medien zeigt natürlich auch, sie haben wirklich Angst vor uns. Sie haben Angst vor einer neuen Friedensbewegung, und ich finde, da haben sie auch Grund dafür. Sie haben nämlich Angst, dass sie ihre Politik nicht mehr ohne Weiteres so fortsetzen können [. . .]

Denn Solidarität, das ist doch völlig klar: Solidarität wäre, alles dafür zu tun, das Sterben zu beenden. Solidarität heißt, Leben retten und nicht Leben zerstören. Solidarität heißt, sich für den Frieden zu engagieren und nicht für den Krieg. Und dafür braucht man keine Panzer, dafür braucht man Diplomatie, Verhandlungen und Kompromissbereitschaft von beiden Seiten. Das braucht man dafür, das ist solidarisch.

Und ja, natürlich, das sage ich ja auch: Selbstverständlich geht dieser Appell auch an den russischen Präsidenten. Natürlich muss auch Putin bereit sein zu Verhandlungen und Kompromissen. Die Ukraine darf kein russisches Protektorat werden [. . .].

Und wir alle wissen doch, es kann ja tatsächlich mal eine russische Rakete, sogar aus Versehen jenseits der Ukraine einschlagen. Und was passiert? Haben wir dann den Bündnisfall? Haben wir dann den Weltkrieg? Das heißt, mit jedem Tag, an dem dieser Krieg verlängert wird, und mit jeder tödlichen Waffe, die wir da weiter zusätzlich in dieses Pulverfass liefern, wächst die Gefahr für einen großen Krieg in ganz Europa und womöglich in der ganzen Welt.

Und auch das müssen wir unbedingt stoppen. Auch dagegen stehen wir heute hier, weil das ist eine unverantwortliche Entwicklung, die unbedingt aufhören muss [. . .]

Die Atomkriegs-Uhr steht aktuell bei neunzig Sekunden vor zwölf. Die Wissenschaftler, die diese Uhr betreuen, haben sie vor kurzem noch einmal nach vorne gestellt. Interessiert das die Bundesregierung überhaupt nicht? Noch nie, noch nicht mal im kalten Krieg, stand die Welt so nah an der Schwelle eines atomaren Infernos. Und auch deshalb sind wir heute hier, denn das darf nicht weitergehen. Diese Atomuhr muss wieder zurück, verdammt nochmal, sie muss weiter weg von zwölf Uhr und nicht immer näher drankommen.

Ich kann mich noch gut an meine Kindheit und Jugend erinnern. Das waren die 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts, das war die Zeit, wo über Raketenstationierung in Deutschland diskutiert wurde und weltweit über Sternkriegsprogramme. Ich bin aufgewachsen mit der Angst vor einem großen Krieg, mit der Angst vor einem Atompilz über Berlin. Und ich kann mich noch gut erinnern, wie dankbar ich war, als dann mit Michael Gorbatschow eine neue Zeit begann. Eine Zeit der Abrüstungsgespräche und Abrüstungsverträge.

Und das war eine Zeit, wo man das Gefühl hatte: Ja, jetzt beginnt ein neues Zeitalter, ein Zeitalter der Abrüstung, der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Sicherheit. Ich gebe zu, ich hatte in den Jahren danach fast vergessen, wie es sich anfühlt, wenn man Angst hat vor Krieg. Heute weiß ich es wieder. Heute, dreißig Jahre nach Gorbatschow, hat Putin mit dem Start-Abkommen gerade den letzten noch gültigen Abrüstungsvertrag auf Eis gelegt.

Das hat er getan, nachdem die USA zuvor den ABM-Vertrag, den INF-Vertrag und das Open-Sky-Abkommen aufgekündigt hatten. Heute redet niemand mehr von Abrüstung. Heute wird aufgerüstet, was das Zeug hält, und die Atomwaffenarsenale werden modernisiert. Heute wollen Politiker unseres Landes, das Gorbatschow seine Wiedervereinigung verdankt, Russland ruinieren.

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

Heute sollen deutsche Kampfpanzer wieder auf russische Soldaten schießen, und zumindest Melnyk ist sich sicher, dass bald auch Kampffjets geliefert werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, diesen Wahnsinn müssen wir stoppen. Deshalb sind wir heute hier.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir leben ja in einer Orwellschen Welt. Was erzählt man uns da eigentlich für Geschichten? Panzer schaffen Frieden, Waffen retten Menschenleben, und der ukrainische Oligarchenkapitalismus, der genauso korrupt ist wie der russische, kämpft angeblich für unsere Freiheit und unsere Demokratie.

Schon George Orwell wusste, wenn alle die verbreitete Lüge glaubten, dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde zur Wahrheit.

Und deswegen sagen wir deutlich: Wir glauben eure Lügen nicht mehr. Wir wissen, dass Waffen töten und Panzer dazu da sind, Krieg zu führen. Und wir wissen auch, dass unsere Freiheit nicht in der Ukraine verteidigt wird, genauso wenig wie vorher am Hindukusch.

Und es geht auch nicht um hehre Werte in diesem Krieg, sondern um die NATO und den Umfang der amerikanischen Einflusszone. Und deshalb sind wir hier, damit dieses sinnlose Sterben aufhört. Und wir sind auch deshalb hier, weil wir uns von der deutschen Regierung nicht vertreten fühlen.

Wir fühlen uns nicht vertreten von einer grünen Außenministerin, die wie ein Elefant im Porzellanladen über das internationale Parkett trampelt und ihre öffentlichen Äußerungen so wenig im Griff hat, dass sie mal eben aus Versehen Russland den Krieg erklärt.

Nein, von Frau Baerbock fühlen wir uns nicht vertreten. Und wir fühlen uns auch nicht vertreten von Panzer-Toni und den ganzen grünen Waffennarren, die den Eindruck erwecken, sie würden am liebsten gleich selbst mit geladenem Rohr im Leopard gegen Russland rollen. Was ist das für eine Debatte, die da geführt wird?

Petra Kelly würde sich mit Grausen von dieser Partei abwenden. Das muss man hier auch mal deutlich sagen.

Und liebe Freunde und Freunde, wir fühlen uns auch nicht vertreten von einer Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann, der die Geschäftsbilanz von Rheinmetall und Co offensichtlich mehr am Herzen liegt als das Schicksal der Menschen in der Ukraine oder gar der Weltfrieden. Nein! Von dieser Frau und von einer FDP, wo die Strack-Zimmermanns den Ton angeben, fühlen wir uns nicht vertreten [. . .]

Nein, Schluss, nieder mit dem Krieg!

Wir halten es mit der großen pazifistischen Schriftstellerin Bertha von Suttner, die einmal geschrieben hat: Keinen vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.

Nein, liebe Freundinnen und Freunde, das wollen wir nicht! Lasst uns das Blutvergießen stoppen! Wir stehen auf für Frieden und gegen den Krieg. Wir sind da, und wir werden nicht mehr verschwinden! Lasst uns heute den Startschuss für eine neue starke Friedensbewegung in Deutschland geben! Ganz herzlichen Dank!“

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2023/02/26/sahra-wagenknecht-wir-sind-da-und-werden-nicht-mehr-verschwinden/>

Initiative „Nicht weiter so:“

Ein Bericht zum Nachdenken, um die Wahrheit herauszufinden.

Wo stehen die Demokratie und die Menschenrechte im Werte-Westen? Und wo stehen wir mit unserer eingeschränkten Freiheit, dem Verlust des in Jahrzehnten erarbeitenden minimalen Wohlstandes? Wollen wir darauf verzichten? Wollen wir stillschweigend zusehen, wie das westliche System sich gerade selbst zerstört, nur weil die USA uns diesen Krieg in Europa diktiert?

Der Begriff „Wahrheit“ stürzt den Menschen von heute in eine Verlegenheit und fordert zum Widerspruch heraus. Die in der Wahrheit liegende Beschränkung führt zur Aufhebung unserer Freiheit. Die Freiheit verlangt, dass der Mensch sich selbst seine Wahrheit schafft und selber entscheidet, was Wahrheit sei oder als solche zu gelten hat. In der Wahrheit liegt auch eine menschliche Grunderfahrung, die zur Folge hat, wie im eigentlichen Sinne gewirtschaftet wird, getragen von der Verantwortung und der Erkenntnis, dass man den Erfolg, aber auch den Misserfolg selbst zu ernten hat.

Demokratie ist eine höchst schwierige, anspruchsvolle und verletzte Gemeinschaftsordnung. Sie verlangt Bürgersinn, d. h. vor allem Bejahung von Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Da sind wir uns nicht so sicher, ob unsere Regierungsvertreter diesem Anspruch gewachsen sind: Scholz, Baerbock und Habeck leben in einer anderen Welt, abseits von Moral, Anstand, Tugend und Toleranz. Vergessen ist die unblutige Wiedervereinigung Deutschlands, ein Geschenk Russlands. Vergessen sind die zwei deutschen Angriffskriege auf Russland, vergessen die selbstverständlichen, billigen Gas- und Öllieferungen, vergessen die Lieferung der seltenen Erden, deren Verarbeitung uns zum Exportweltmeister gemacht haben. Und wir haben vergessen, dass unsere Befreier und Besatzer, die USA, noch heute schalten und walten können, wie sie wollen und die Politik in Deutschland bestimmen: Ramstein ist hierfür das beste Beispiel. Ein Friedensvertrag ist in weite Ferne gerückt. Steinmeier und die drei Genannten haben sich offenbar geirrt, als im Donbass 46 Gewerkschafter ins Gewerkschaftshaus getrieben wurden und das Gebäude mit den Gewerkschaftern niederbrannte. Von den 14.000 Menschen die von den Dächern beschossen und hingerichtet wurden, einmal ganz zu schweigen.

Unser Kanzler hat sich seine eigene, individuelle Zeitenwende geschaffen, weitab von den genannten Begriffen der eigentlichen Zeitenwende. Wer seine Wunschbilder der Wirklichkeit vorzieht und die in der Natur waltenden Gesetze der Tyrannei beiseiteschiebt, um seine eigenen Wege zu gehen, dessen Unternehmungen müssen scheitern und werden vor der Härte der Tatsachen irgendwann kapitulieren. Diese, seine neue Epoche, der Beginn seiner Neuzeit, die Selbstgesetzlichkeit, die Selbstherrlichkeit, die er mit Baerbock und Habeck beansprucht, lässt uns erschauern.

Heuchelei hat unter deutschen Politikern Hochkonjunktur: Es klingt zynisch, den 24. Februar 2022, den Kriegsbeginn in der Ukraine, also den Tag des Beginns des mit Abstand brutalsten und völkerrechtswidrigen Angriffskriegs in der neueren Geschichte zu einem Feiertag hochzustilisieren.

Wenn jemand in Feierlaune ist, dann ist es die Nato-Führungsmacht USA, die ihren erfolgreichen Handelskrieg gegen Europa feiern kann. Für Amerika ist es erfreulich, dass Deutschland und die EU mit der Streichung aller US-Angriffskriege aus dem kollektiven Gedächtnis, auch die westlichen Kriegsverbrechen der Vergangenheit einer moralischen Relativierung unterziehen.

Man muss Menschen nur an ihren Einfluss glauben lassen, Hauptsache ist, dass sie keinen haben. Natürlich stellen sich hier viele Fragen: Leben wir in der Zeit der Lügner? Leben wir in der Zeit der Lügen? Leben wir in einer der Zeit der Legenden? Leben wir in der Zeit des Vergessens? Des Unter-den-Teppich-Kehrens, was die USA, die Nato und Deutschland in Europa in den letzten Jahren angerichtet haben?

1

Die Verantwortlichen in der Politik und den Medien behaupten, Deutschland fühlt sich bedroht. Bedroht von Russland?

Auch die nordischen Länder fühlen sich von Russland bedroht; müssen für die Nato Milliarden für Aufrüstung bereitstellen: Geld, das den Bürgern dieser Länder fehlen wird, uns im Übrigen auch. Haben wir hier etwas falsch verstanden, sind wir den Anders-Gläubigen auf den Leim gegangen?

Angeblich überrollt Russland Europa. Die Rüstungsausgaben aus dem Jahr 2021 sprechen eine ganz andere Sprache: Amerika 800 Milliarden Dollar, die EU über 400 Mrd. Dollar; die Wertegemeinschaft zusammen somit 1.200 Mrd. Dollar; Russland kam hingegen auf gerade einmal 69 Mrd. Dollar. Wer bedroht da wen? Baerbock tönt: „Wir werden Russland den Aggressor ruinieren, die dürfen keinen Krieg mehr anzetteln.“

Biden verlautet: „Dieser Mann darf doch nicht ein Land weiter regieren“. Man muss kein Putin-Versteher sein, man muss nur seinen Kopf zum Denken benutzen, um das Zweierlei-Maß-Messen festzustellen. Vor allem muss die Frage gestellt werden: „Wer ist schuld am Krieg in der Ukraine?“

Die Antwort ist nicht eindeutig. Die Frage, wer einen Streit verursacht hat, begleitet uns seit Jahrhunderten. Erfahrene Streitschlichter wissen, „nicht wer zuerst die Waffen ergreift, ist der Anstifter, der eigentliche Aggressor des Unheils, sondern wer dazu nötig ist.“ Da sind wir Deutschen wieder ganz vorne dabei, sind spitze bei den Gedächtnislücken: „Minsk II hat es nicht gegeben.“ Da bedurfte es die klaren Worte der Ex-Kanzlerin: „Das Minsk II Abkommen war nie gedacht der Ukraine und Europa Frieden zu bringen, sondern der Ukraine Zeit zu kaufen, zur Vorbereitung auf den unvermeidlichen Krieg mit Russland.“ Bravo, Frau Merkel und Danke für die Wahrheit.

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Frankreich bestätigte die Meinung Merkels. Und unser Wertedeutschland: keine Diskussion, keine Nachfragen. Die Gedächtnislücke der Bundesregierung ist also mehr als ersichtlich. Die Kriegstreiber der Nato dürfen weiterhin ihr Unwesen treiben und die Nato-Erweiterung gegen Russland betreiben. Und es gilt auch weiterhin, die USA und die Nato können den Konfrontationskurs gegen Länder, die sich der Ausbeutung dieser Imperialisten, den Wertegemeinschaftlern, nicht unterwerfen, mit kriegerischen Mitteln weiter vorantreiben.

Das Versprechen an Gorbatschow, die Nato nicht über Deutschland hinaus zu erweitern, bleibt bestehen. Ebenso wird die „Lüge der Nato“ weiter bestehen bleiben.

Einen Blick zurück. Der Forschungsdienst des US-Kongresses veröffentlichte am 13. Oktober 2022: Die USA haben von 1991 bis 2022 weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt; seit 1798 waren es 469. Nur 11 mal kam es zu einer Kriegserklärung, der Rest der Interventionen erfolgte ohne Kriegserklärung. Der Blick zurück müsste auch dem deutschen Parlament die Augen öffnen, sie erinnern, doch das fällt Deutschland schwer, sehr schwer. 1999 warfen die Nato 28.018 Bomben und Raketen auf Rest-Jugoslawien ab, 1000 Kampfflugzeuge beteiligten sich daran. Das Gros kam aus der USA, beteiligt waren auch die Luftstreitkräfte Großbritanniens, Deutschlands, Italiens, Spaniens und der Türkei. All diese Länder gehören zur Wertegemeinschaft. 35.000 Lufteinsätze seitens der Nato – 400 pro Tag.

Es war das Ziel, die Strategie der Nato, die Zivilbevölkerung zu zermürben und zu demoralisieren. Bombardierte Krankenhäuser, die Zerstörung von Wasser-, Strom- und anderen Anlagen waren die Folge. 6500 Zivilisten und 500 jugoslawische Soldaten fanden den Tod. 200 Fabriken wurden dem Erdboden gleich gemacht, Raffinerien in Brand geschossen. 33 Brücken, ein großer Teil des Straßennetzes und der Infrastruktur der Eisenbahn wurden zerstört. Hunderte Dörfer wurden in Brand gesteckt. Rathäuser, Kirchen, Klöster, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Sportanlagen, Museen, Gedenkstätten, ja sogar Friedhöfe wurden bombardiert und in Schutt und Asche gelegt. Es war nicht nur ein Völkerrechtsbruch, sondern zweifellos ein Terroranschlag der Nato, und Deutschland war seinerzeit mittendrin.

Jugoslawien war nur ein Beispiel der Kriegsverbrechen, das wir erwähnen wollen. Von den restlichen 250 wollen wir nur einige in Erinnerung rufen.

2

Die aggressiven Massaker in Afghanistan, Syrien, dem Libanon, Libyen, Somalia, Sudan, dem Iran und im Irak, mit millionenfachen Morden. Verwüstungen in allen diesen Ländern; Teile davon sind nicht mehr bewohnbar. Jugoslawien erlebte eine Weltordnung bei der ein Staat alle anderen dominiert.

Wo stand und steht Deutschland in dieser neuen Weltordnung Amerikas? Schon jetzt ist der drohende wirtschaftliche und kulturelle Untergang ersichtlich. Russland ruinieren, das trifft auch deutsche Unternehmen mit weitreichenden Folgeschäden. Das ist die Zeitenwende, die Scholz ausgerufen hat!

Wenn eine Zeitenwende diesen Namen verdient, dann betrifft diese die Länder Lateinamerikas. Diese haben den Krieg in Europa genutzt, um sich Freiraum zu schaffen, die Abhängigkeit von Amerika zu verringern. Die lateinamerikanischen Staaten wurden zu oft Opfer von gewalttätigen Interventionen der USA von militärischen Eingriffen bis zur Installation von Militärregierungen und sie fordern „die Einhaltung des Völkerrechts“ ein. Deshalb hat auch kein lateinamerikanischer Staat in der UNO gegen die Verurteilung Russlands wegen seiner Intervention in der Ukraine gestimmt. Aber sie lehnen nicht nur die russische Intervention in der Ukraine ab, sondern alle Interventionen mit tausenden Toten, auch die der USA in Lateinamerika und anderswo, wie vormals in Vietnam, in Afghanistan, im Irak, in Jugoslawien und in Syrien. Lateinamerika hat sich längst befreit von der amerikanischen Abhängigkeit; China ist zwischenzeitlich der Hauptinvestor. Die einstige Weltmacht USA hat hier längst ihre Legitimation verloren.

Und die EU und Deutschland machen sich bezüglich der Öl- und Gaslieferungen abhängig von Despoten aus der ganzen Welt.

Hellwach war die ehemalige Weltmacht beim Terroranschlag auf Nord Stream 2 und Nord Stream 1. Bidens Ansage war, die USA würden verhindern, dass Erdgas durch Nord Stream 2 geliefert wird, dies ist das Eine. Die andere Aussage lautete: Es werde dann „kein Nord Stream 2 mehr geben,“ die USA würden der Pipeline „ein Ende setzen,“ die Andere.

Das klingt nicht mehr nach Sanktionen, sondern eher nach einer Gewaltandrohung. Dieser Terroranschlag betrifft nicht nur unsere Pipeline, er trifft ganz Europa. Und die Bundesregierung schweigt und ist der Meinung, das sei ein „Staatsgeheimnis,“ aber das ist es nicht.

Ein weiteres Märchen ist, dass wir auf russisches Erdgas verzichten und stattdessen das dreckige und überbewertete Fracking-Gas aus Amerika herüberschiffen müssen. Was Australien – ein weiterer Staat der Willigen – wegen hoher Umweltbelastung ablehnt, ist unserer Regierung so was von egal: Was bedeutet in diesen Zeiten schon die Umwelt. Geht es noch grüner?

Natürlich, bei der Förderung in Texas dokumentieren Umweltorganisationen zwischenzeitlich eine Zunahme von Krebs, Asthma und anderen Krankheiten durch das klimaschädliche Methan.

Gegner des Terminals befürchten durch den Betrieb des LNG-Terminals nichtreparable Schäden im Wattenmeer.

Unsere Ministerien und die Arroganz der Macht.

Eine Nachfrage des BT- Abgeordneten Petr Bystron zur Frage:

Fortsetzung auf S. 13

Fortsetzung von S. 12

„Welche Kriege (internationale bewaffnete Konflikte) seit 1991 sind nach der völkerrechtlichen Einschätzung der Bundesregierung als völkerrechtswidrig einzustufen und welcher Staat ist nach Einschätzung der Bundesregierung in diesen Kriegen als Aggressor einzuordnen.“

Die Antwort: „Die Bundesregierung führt völkerrechtliche Bewertungen internationaler bewaffneter Konflikte nur aus aktuellem Anlass durch, wie etwa zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Eine rückblickende völkerrechtliche Bewertung sämtlicher Kriege bzw. internationaler Konflikte seit 1991 durch die Bundesregierung gibt es nicht.“

3

Die Bewertung heutiger Kriege und Konflikte findet also nicht statt. Die militärische Präsenz der USA im Nahen Osten dient der Absicherung der Ölfelder, hier werden regelmäßige Luftangriffe auf syrisches und irakisches Hoheitsgebieten durchgeführt.

Wo bleibt hier eine rasche und zuverlässige Antwort? Es stellt sich weiterhin die Frage: Müssen die Abgeordneten sich das gefallen lassen?

An diesem Denken wird die Unmenschlichkeit der westlichen Überlegenheitsideologie deutlich sichtbar.

Vielleicht können wir dabei helfen die aktuellen Probleme aufzuzeigen und behandeln, so dass die weltanschaulichen Grundsätze sichtbar werden.

Zum Beispiel: Die Frage nach der Kriegsbeteiligung durch milliardenschwere Waffenlieferungen, jetzt auch Panzerlieferungen in die Ukraine. Natürlich sind sich die westlichen Völkerrechtler darin einig, dass diese Waffenlieferungen an eine

Kriegspartei grundsätzlich keine Kriegsbeteiligung bedeutet. Die Frage, ob es sich dabei um „offensive“ oder „defensive“ Waffen handelt, ist rechtlich unerheblich. Deutschland und die Nato haben eben ihr eigenes Völkerrecht.

Dennoch, wir werden den Befürworter von Waffenlieferungen nach Kriegsende konkrete Fragen stellen, und wir werden präsent sein. Eine weitere Frage wird sich stellen: „Ist der Terroranschlag auf unsere Pipeline Nord Stream 1 und 2 trotz deren Videoüberwachung ein Staatsgeheimnis oder nicht?“

Die Initiative „nicht weiter so“ hat sich nicht gegründet, um die eklatanten Fehler der Bundesregierung geradezurücken, wir sind dafür da, um die richtigen, heiklen Fragen zu stellen.

Zur Zeit erleben wir eine Gleichschaltung der Parteien wie seinerzeit in der DDR.

Wenn Scholz von seiner Zeitenwende spricht, ist es seine neue „Freiheit,“ wenn Friedensaktivisten als Straftäter verurteilt werden? Ist das die neue Freiheit, dass alle für den Krieg mit Russland sein müssen, den unsere Regierung hätte verhindern können und müssen? (Minsker Abkommen)

Andersdenkende sind keine Querdenker. Wir lassen uns unsere Meinungsfreiheit nicht nehmen, nur weil die Politik zu einer Diplomatie nicht fähig ist. Wir werden weiterhin für den Frieden aller Völker kämpfen. Und wir stehen an der Seite der Lateinamerikaner, den BRICS Staaten, der Afrikanischen Union, die sich mit friedlichen Mitteln ihren Freiraum gegenüber Amerika und dem Wertewesten gesichert haben. Von einem solchen Freiraum kann die Bundesrepublik nur träumen.

Quellen: Wikipedia, nachdenkseiten.de, clubderklarenworte.de, apolut.net, senior.org

Dieter Senghaas Abschreckung und Frieden Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit



Europäische
Verlagsanstalt

Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung vor der Haager Friedenskonferenz

Teil 3

In ihrer Schrift *Die Waffen nieder!* klagt Bertha von Suttner die Schlagworte von »Ruhm und Ehre« und »freudigem Heldentod« wie »Frevel« an:

*„»Wenn einer nach verlorener Schlacht mit zerschmetterten Gliedern auf dem Felde liegen bleibt und da ungefunden durch vier oder fünf Tage und Nächte an Durst, Hunger, unter unsäglichen Schmerzen, lebend verfaulend, zugrunde geht – dabei wissend, daß durch seinen Tod dem besagten Vaterlande nichts geholfen, seinen Lieben aber Verzweiflung gebracht worden – ich möchte wissen, ob er die ganze Zeit über mit jenem Rufe [>Für das Vaterland<] gern stirbt«“ (Hamann, S. 91f., Rekurs auf: *Die Waffen nieder!* Ausg. Dresden o.J. S. 308).*

Und in dieser Bildsprache spricht die Romanfigur Martha weiter.

Nach dem „die konservative Umgebung mit sittlicher Entrüstung reagiert,“ schreibt die Autorin konsterniert:

*„»O über eure Prüderie – und o über eure zimperliche Wohlanständigkeit: Geschehen dürfen alle Greuel. Aber nennen darf man sie nicht. Von Blut und Unrat sollen die zarten Frauen nichts erfahren und nichts erwähnen, wohl aber die Fahnenbänder sticken, welche das Blutbad überflattern werden, [. . .] Das ist eine grausame Moral, wißt ihr das? Grausam und feig! Dieses Wegschauen – mit dem leiblichen und mit dem geistigen Auge – das ist an dem Beharren so vielen Elends und Unrechts schuld!«“ (Hamann, S. 92, Rekurs auf: *Die Waffen nieder!* Ausg. Dresden o. J., S. 345).*

Dieser Duktus hat in der zeitgenössischen Malerei ihre Parallele; 1882 und 1886 stellte der russische Maler und Pazifist Wassili W. Wereschtschagin Bilder aus dem russisch-türkischen Krieg im Wiener Künstlerhaus aus: Dieses sollten in ihrer Realität schockieren und es gelang ihm, für die Friedensbewegung neue Anhänger, u. a. den späteren Friedensnobelpreisträger Alfred H. Fried, zu gewinnen (Hamann, S. 92).

Durch die ihr charakteristischen, offene Schreibweise des Manuskripts von *Die Waffen nieder!* gab es Publikationsschwierigkeiten, denn die Zeitschriften, die Suttners Fortsetzungen brachten, sandten das Werk zurück: „Begründung, »große Kreise unserer Leser würden sich durch den Inhalt verletzt fühlen«, und dem Hinweis, es sei trotz aller Vorzüge ausgeschlossen, »daß der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht werde.«“ Der Buchverleger machte den Vorschlag, „das Manuskript von einem »erfahrenen Staatsmann« durchsehen zu lassen, um Anstößiges zu streichen“ (Hamann, S. 93, Rekurs auf: *Memoiren*, S. 181).

Frau von Suttner reagierte empört:

„» . . . nein, da lieber in den Ofen damit. So möge ich wenigstens den Titel ändern, schlug der Verleger noch vor. Nein! Der Titel umfaßt in drei Worten den ganzen Zweck des Buches. Auch an dem Titel darf keine Silbe geändert werden«“ (ebd.)

So konnte die Schrift erst 1889 beim Leipziger Verleger Pierson erscheinen. Um diese weiter zu propagieren, schrieb sie auch ihren Freund Alfred Nobel an: Dessen Antwort klingt zeitlos, aktuell:

*„»>Die Waffen nieder!< das ist also der Titel Ihres neuen Romans, auf den ich sehr neugierig bin. Aber Sie bitten mich, ihn zu propagieren: das ist ein wenig grausam. Denn wo wollen Sie, daß ich im Falle des allgemeinen Friedens mein neues Pulver absetze? [Er meinte seinen Sprengstoff.] Zumindest müßte ich auf >poudre de riz< umsteigen [also Schönheitspuder], um die ohnehin schon allzu Angestäubten noch mehr anzustäuben. Neben dem >Die Waffen nieder!< geben Sie doch lieber ein wenig Platz für >Nieder mit dem Elend<, >Nieder mit den alten Vorurteilen und den alten Religionen«“ (Hamann, S. 93f., Rekurs auf: *UNO*, 24.11. o. J. (1889), franz.).*

Fortsetzung auf S. 15

Nach der Lektüre des Romans reagierte Nobel allerdings differenzierter, u. a. schrieb er:

„»Sie haben dennoch Unrecht, >Die Waffen nieder!< zu rufen, da Sie selbst von Waffen Gebrauch machen, aber freilich tragen die Ihnen – der Charme Ihres Stils und die Größe der Ideen auf andere Weise sehr viel weiter als die Lébels [-Gewehre], Nordenfelt [-Kanonen], de Bange [-Geschütze] und alle anderen Höllenwerkzeuge«“ (Hamann, S. 94, Rekurs auf: Memoiren, 183).

Mit einer Rezension des österreichischen Reichsratsabgeordneten Bartholomäus von Carneri in der *Neuen Freien Presse* gelang der Durchbruch zum Erfolg der Suttnerschen Schrift; diese propagierte den Friedensgedanken. Bei all diesem Erfolg gab es für die Autorin einen Wermutstropfen: Die ausländischen Verleger – einschließlich der deutschen – bezahlten für den Abdruck des Romans *keinerlei* Tantiemen.

Durch den angeregten Austausch mit Friedensaktivisten aus der ganzen Welt brachte sich Bertha von Suttner in die Friedensbewegung ein. Zu der Veranstaltung des Dritten Internationalen Friedenskongresses in Rom lud sie ihre Leser ein, darunter auch die russischen: Leo Tolstoi machte sie dessen Teilnahme schmackhaft: „»Sie, Meister, Sie sind einer von denen, dessen Wort in Europa gehört wird«“ (Hamann, S. 96); dieser antwortete: „»Ich schätze Ihr Werk sehr [. . .] Der Abschaffung der Sklaverei ist das berühmte Buch einer Frau, Frau Beecher-Stowe, vorausgegangen: Gott gebe es, daß die Abschaffung des Krieges Ihrem Buch folge«“ (Hamann, S. 97, Rekurs auf: Memoiren, S. 210f.).

Diese Zeilen wird Frau von Suttner noch öfter zitieren. Auch wenn Tolstoi ihre Beharrlichkeit bewunderte, war er von ihrem Duktus nicht so überzeugt, in sein Tagebuch schrieb er: „»Abends >Die Waffen nieder!< gelesen, bis zu Ende. Man spürt die tiefe Überzeugung, aber unbegabt.«“ Auch die Wiener Schickeria war, in den Zeiten als der Ästhetizismus en vogue war, vom literarischen Wert des Romans nicht zu überzeugen: Aber „Die Schriftstellerei war für sie kaum mehr als ein Mittel zum Zweck, ihr künstlerischer Ehrgeiz deshalb begrenzt“ (Hamann, S. 97).

Die negativen *konservativen* Auslassungen über den Streitroman waren entsprechend vehement; auf diese kann hier umfangbedingt nicht weiter eingegangen werden. Über den italienischen Parlamentarier, Marchese Benjamino Pandolfi, erfuhr Frau von Suttner von einer Interparlamentarischen Union der Friedensbewegung (IPU), die 1888 von dem Engländer Randal Cremer und dem Franzosen Frédéric Passy gegründet worden war. Deren Hauptzweck war:

„das internationale Schiedsgerichtswesen zu forcieren und sich für Rüstungsbeschränkung einzusetzen, »In den Parlamenten liegt jetzt doch das Völkerschicksal – wenn diese auf Abrüstung allseitig drängen, so könnten die Regierungen nicht anders, als nachgeben«, meint Bertha hoffnungsvoll“ (Hamann, S. 100, Rekurs auf: Stadtbibliothek Wien an Necker, 9.12.1889).

Nach dem sensationellen Erfolg ihres Buches und dem hiermit erlangtem Bekanntheitsgrad widmete sich Bertha von Suttner der Gründung einer österreichischen Friedensgesellschaft und um die Teilnahme am Internationalen Friedenskongreß 1891 in Rom: Um ihre eigenen Geldsorgen sowie und die der Gesellschaft zu beheben, ging sie erneut Alfred Nobel an; dieser spendete wieder sehr großzügig. Als ersten Erfolg konnte sie verbuchen, daß sich mehrere Reichsratsabgeordnete in der IPU engagierten und bereit waren, am Friedenskongreß teilzunehmen.

Allerdings traten schon bei der Organisierung des Friedenskongresses ersthafte Differenzen auf. So sorgte die Aussage des italienischen Gelehrten und ehemaligen Unterrichtsminister Bonghi, in der er Verständnis für den französischen Standpunkt in der elsass-lothringischen Frage geäußert hatte, für Irritationen: Deutsche und österreichische Parlamentarier sagten ihre Teilnahme ab, ebenso konnte ein Aufeinandertreffen von italienischen und österreichischen Abgeordneten, wegen den italienischen Irredenta-Forderungen für Zwietracht sorgen. Diese Differenzen traten bisher nicht auf, denn die IPU war in der Vergangenheit von Engländern und Franzosen dominiert (Hamann, S. 111f.).

Nach dem auch von Frau von Suttner aufgebauten Druck hin, „sah sich Bonghi gezwungen, vor der IPU-Konferenz die Erklärung abzugeben, dass dort weder die Frage der »Irredenta« noch die Elsass-Lothringens berührt werden würde. Außerdem gab er das Präsidium an einen anderen ab, während er das Präsidium des Friedenskongresses behielt“ (Hamann, S. 112f.)

Fortsetzung von S. 15

Am 30. Oktober 1891 wurde in Wien die Österreichische Friedensgesellschaft gegründet; deren erster Präsidentin wurde Bertha von Suttner.

Alfred Nobel zeigte sich bezüglich der Forderungen der Friedensbewegung zusehends skeptischer:

„»Man müßte sich mit bescheideneren Anfängen zufrieden geben, um zum Erfolg zu gelangen, und das tun, was man in England in Fällen zweifelhaften Erfolges tut: Man begnügt sich damit, ein provisorisches Gesetz zu erlassen, dessen Dauer auf zwei Jahre oder sogar nur auf eins beschränkt ist. Ich denke, nur wenige Regierungen würden sich weigern, einen so bescheidenen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, wenn er von angesehenen Staatsmännern unterstützt wird“ (Hamann., S. 113f., Rekurs auf Memoiren, S. 239f., 31.10.1891, franz.).

Ähnliche Bedenken äußerte er auch bezüglich dem einzurichtenden Schiedsgerichtshof, für den er ein Jahr Laufzeit vorschlug.

„»Und bei Ablauf der Frist werden sich alle Staaten beeilen, ihren Friedenspakt für ein Jahr zu verlängern. Man wird so, ohne Erschütterung und fast ohne es zu merken, in eine verlängerte Friedensperiode gelangen«“ (ebd.).

Mitte November 1891 begann die Tagung des 3. Internationalen Friedenskongresses und die Interparlamentarische Union im römischen Kapitol; als dritte Rednerin trat Bertha von Suttner auf: „Es war ihre erste Rede in der Öffentlichkeit, und das ausgerechnet im Kapitol, wo vor ihr noch nie eine Frau gesprochen hatte“ (ebd.).



Für die weitere Organisation wurde in Bern ein von der norwegischen und schweizer Regierung subventioniertes Zentralkomitee der Friedensgesellschaft gegründet: Präsident wurde der Schweizer Ducommun, und Vizepräsidentin Bertha von Suttner (Hamann, S. 116).

Problematisch gestaltete sich die Gründung einer deutschen Friedensgesellschaft, denn die Elsaß-Lothringen-Frage spielte hier für die Deutschen und Franzosen ein schier unüberwindbares Hindernis. Der Berner Friedenskongreß fand entsprechend ohne eine deutschen Abordnung statt (Hamann, S. 126).

Literatur

Brigitte Hamann: Bertha von Suttner: Kämpferin für Frieden, Bildauswahl und Redaktion von Brigitte Hamann, Wien 2013.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Koloniale Verstrahlung in Westpreußen

Polen plant den Bau seiner ersten Kernkraftwerke – und damit die Verwendung einer Energiequelle, die deren Hersteller selber zuhause nicht mehr wollen

Von Thomas W. Wyrwoll

Jahr um Jahr mußte die PiS ihr Lieblingsprojekt eines „polnischen Kernkraftwerkes“ verschieben – der im Vergleich zu ihrer politischen Führung klügeren Bevölkerung waren weder die drohenden Umweltprobleme noch die enormen Kosten des Baus zu vermitteln. Im Zuge der Ukraine-Krise und der pseudo-ökologischen Dekarbonisierungsagenda des Westens zum Zwecke eines vorgeblichen „Klimaschutzes“ sehen die Warschauer Ultra-Nationalisten jetzt allerdings ihre Zeit gekommen: Nach Gesprächen unter anderem mit US-Vizepräsidentin Kamala Harris in Washington hat die polnische Regierung Ende Oktober mit der Führung der USA und dem US-Atomkonzern Westinghouse die Errichtung einer ersten „polnischen“ Atomanlage vereinbart. Als Standort wird allgemein die Woiwodschaft Pomoranien bzw. „Województwo pomorskie“ angegeben, die vor allem aus Teilen des historischen Westpreußens besteht – eine Übertragung des Gebietsnamens als „Pommern“ sollte daher vermieden werden. Auch wenn der genaue Bauort offiziell noch nicht bestätigt wurde, lassen sich einzelne Formulierungen als Hinweis darauf deuten, daß die Anlage am Meer entstehen wird: Ältere Medienberichte hatten hierfür bereits Chottschow / Gontendorf genannt, das auf Kaschubisch „Chòczewò“ bzw. auf Polnisch „Choczewo“ heißt und zu diesen Andeutungen passen würde. Das Örtchen rund 85 km nordöstlich von Danzig böte die Möglichkeit zu einer direkten Kühlung der Anlage mit Meerwasser, was bei der von den Betreibern zu erwartenden Rücksichtslosigkeit auch gegenüber der Ostsee einen uneingeschränkten Kraftwerksbetrieb selbst im Sommer erlauben würde. Der Ort tauchte jetzt auch in einem Bericht der US-Nachrichtenagentur Bloomberg auf, während sich polnische Medien in dieser Frage bisher ausschwiegen – ganz offenbar um die Bevölkerung ruhig zu halten: Nach früheren Angaben des Bürgermeisters sollte zwar eine Mehrheit in der 1.200-Seelen-Gemeinde für den Bau sein, ein Team des polnischen Staatsfernsehens konnte aber außer dem Bürgermeister selbst Ende letzten Jahres keinen einzigen (!) dieser angeblichen Unterstützer vor die Kamera bekommen. Hingegen existiert in Chottschow eine recht agile Bürgerbewegung, die sich absolut entschieden gegen das Atomprojekt ausspricht.

Die USA verkaufen Atomkraftwerke,
während sie zuhause auf regenerative
Energien setzen – das gibt zu denken!

Nach den behördlichen Plänen soll der Bau der Anlage 2026 beginnen und 40 Milliarden US-Dollar kosten. Dabei sind drei Reaktoren vorgesehen, die ab 2033 den ersten Strom produzieren würden. Zudem plant man die Errichtung einer weiteren gleichartigen Anlage am selben Standort, die 2043 ans Netz gehen soll, ohne daß hierüber bisher Verträge ausgehandelt worden wären. Premierminister Mateusz Morawiecki sprach von einem starken polnisch-amerikanischen Bündnis, das mit „verlässlicher und sicherer Technologie“ maßgeblich zu einer polnischen Energie-Autarkie beitrage. US-Energieministerin Jennifer Granholm frohlockte, daß der Auftrag in den USA stattliche 100.000 (*sic!*) Beschäftigungsverhältnisse sichern würde –

verschwieg aber dabei, daß sie selber in ihrem Heimatland ausschließlich für den Ausbau regenerativer Energien sorgt, während die in vielfacher Hinsicht bedenkliche Atomkraft offenkundig nur als minderwertig eingeschätzten *de facto* kolonialen Anhangsgebilden wie etwa Polen überlassen bleibt. Dessen ungeachtet setzt Warschau auf weitere ostmitteleuropäische Interessenten an der fragwürdigen Technik: Laut Umwelt- und Energieministerin Anna Moskwa wolle man für diese „ein Kernkraft-Ausbildungszentrum in Polen“ errichten – die PiS sucht augenscheinlich ihr künftiges neojagielonisches Imperium zusammenzuzurren.



Abb. 1: Groß-Möllen war schon zur deutschen Zeit eine gefragte Sommerfrische... (Historische Postkarte)

Fortsetzung auf S. 18

Fortsetzung von S. 17

Wenige Tage nach dem US-Vertragsabschluß trafen sich Vertreter der polnischen Regierung und ihrer Stromkonzerne PGE und ZE PAK in Seoul mit Mitgliedern der südkoreanischen Regierung und Leitern des staatseigenem Industrieanlagenbauers „Hydro & Nuclear Power“, um einen Vorvertrag für ein zweites „polnisches“ Atomkraftwerk zu unterzeichnen. Dieses würde in Pathenau / Pątnów (1943 – 1945 Patenau) im ehemaligen Warthegau unmittelbar an der Grenze zu Schlesien entstehen – ein endgültiger Vertrag soll im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Südkorea ist inzwischen zum bevorzugten Rüstungspartner Warschaws avanciert, mit dem in letzter Zeit Verträge für die Lieferung unter anderem von Panzern, Flugzeugen und Geschützen in Milliardenhöhe abgeschlossen wurden. Kernkraftwerke der Asiaten sind hingegen auf dem Weltmarkt nicht sonderlich gefragt: Ihr letztes konnten die Südkoreaner im Jahre 2009 verkaufen... So ganz scheint freilich auch die PiS-Regierung der neuen Technologie nicht zu trauen: Ähnlich wie Frankreich positioniert sie ihre Atommeiler bisher ausschließlich in den vorwiegend deutsch geprägten Randgebieten des eigenen Staates, in denen zudem bisher auch noch überwiegend oppositionelle Parteien gewählt wurden.

Die polnische Regierung handelt klar
gegen den Willen ihrer Bevölkerung –
und könnte noch gestoppt werden . . .

Andererseits setzte auch die Bürgerplattform (PO) als noch westgefälligere frühere Schwesterpartei der PiS seit etwa 2005 auf einen Neubeginn der nach dem Ende des Kommunismus' nicht weiterverfolgten Kernkraftprojekte. Dafür wollte sie bisher vor allem den westpreußischen Standort Zarnowitz an der Grenze zu Pommern opfern, den seither übrigens auch die PiS in ihre atomaren Pläne übernommen hat. In der damaligen Woiwodschaft Danzig hatte sich jedoch direkt nach der Wende bei einer Volksbefragung eine Ablehnungsquote für Kernkraftprojekte von über 86 % ergeben, was das Vorhaben nicht gerade erleichterte. Bald rückten daher zwei Standorte in der diesmal tatsächlich zum großen Teil auf pommerschem Gebiet liegenden Woiwodschaft Westpommern bzw. „Województwo zachodniopomorskie“ – die allein schon wegen des bei der BRD verbliebenen Teilstücks Vorpommerns nicht einfach unsinnig als „Westpommern“ übersetzt werden sollte – in den Fokus der Atomlobby. Es handelt sich das alte pommersche Dorf Funkenhagen in der Gemeinde Groß-Möllen (Mielno) bei Köslin sowie als Alternativstandort um das als Badeort bedeutende Groß-Mölln selbst, das heute die zentrale Sommerfrische Polens darstellt. Bei einem Referendum im Februar 2012 erfuhren diese ruinösen Pläne allerdings eine Abfuhr von 94 % der Bewohner – wobei sich die beiden damaligen Kösliner Sejm-Abgeordneten Czesław Hoc von der PiS und Marek Hoc von der PO zum Ärger ihrer Parteiführungen dem Protest der Bürger anschlossen. Wie man sieht, finden Kaschuben nicht nur durch ihre Namen, sondern auch durch Intelligenz und Anstand zueinander!



Abb. 2: Über dem Strand von Groß-Möllen hängen dunkle Wolken...
(CC BY-SA 3_0)

Leider hat diese Haltung der kompetenteren Teile des Volkes nicht zu dem zu wünschenden Aus für die großpolnischen Atomambitionen geführt. Nach Maßgabe der bisherigen Basispläne sind neben Chotischow und Pathenau perspektivisch sogar noch mehrere Dutzend (!) weitere Standorte auserkoren, die abartigen Träume der ebenso

volks- wie realitätsfernen Warschauer Parteipolitiker zu befriedigen, ohne daß die Sicherheits- sowie Umweltprobleme hinreichend eruiert wären oder es gar irgendwelche Zwischen- geschweige denn Endlager für den in ihnen anfallenden Atom Müll gäbe. Neben die zu erwartende Belastung beim regulären Betrieb, von denen die Erwärmung der küstennahen Ostsee mit ihren Schädigungen des Meereslebens bereits grundsätzlich eingeplant ist, kommen noch die seitens der Politik völlig vernachlässigten, aber durchaus realen Katastrophenszenarien: Der Untergrund gerade des Preußenlandes ist derart instabil, so daß es hier noch in diesem Jahrtausend zu Erdbeben gekommen ist, die für die Anlagen denkbar gefährlich wären. Selbst die Gefahr von Tsunamis, die es in der Ostsee bereits früher gegeben hat, ist für die Zukunft keinesfalls auszuschließen – einmal ganz abgesehen vom durch die Warschauer Regierung immer wieder beschworenen vorgeblichen Angriffswillen Moskaus, welcher nach Meinung der polnischen Ultras auch atomare Szenarien einschließen würde: Die PiS muß sich bei auch nur etwas basaler

Fortsetzung auf S. 19

Fortsetzung von S. 18

Logik schon entscheiden, ob nun eine solche Endzeit-Bereitschaft von Moskau zu erwarten ist oder aber ob sie ihre Kraftwerke gefahrlos betreiben kann. Und daß ein AKW den bisher blühenden Küstentourismus keinesfalls fördern würde, liegt ebenfalls auf der Hand – kümmert die wohlbezahlten Apparatschiks in der fernen Hauptstadt aber sichtlich wenig. Freilich waren jedoch nicht nur die westpreußischen und pommerschen Oppositions-, sondern auch die eigenen PiS-Kernwähler in Alt-Polen bisher klugerweise kritisch gegenüber atomaren Projekten, und so könnten dem Land – trotz der verstärkten Gehirnwäsche im Zuge des Ukraine-Konfliktes und einer massiven politischen Rückendeckung Washingtons und der von dort beherrschten EU-Administration in Brüssel für ihre trotz gelegentlichen Gezeters letztendlichen Warschauer Lakaien – derart perverse Experimente mit etwas Glück immer noch erspart bleiben: Schließlich ist, um die polnische Nationalhymne in etwas ergänzter Form zu zitieren, die bisher bei näherer Betrachtung politisch ausgesprochen verfahrenere Zukunft Polens und der Ostseeländer angesichts der gegenwärtig volatilen Weltlage und der vorhandenen Restbestände an Vernunft und Demokratie glücklicherweise wieder ein wenig in Fluß geraten und damit zumindest nicht mehr ganz verloren . . .

Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll
ist Vorsitzender des West- und
Ostpreußischen Studienkreises
für Altertums- und Naturkunde

Literaturhinweis

Ausgewählte Aufsätze von Dr. phil. Habil. Mathias Weifert

Donauschwabenforschung an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden. In: Suevia Pannonica. Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jahrgang (39/40) 2011/2012, S. 199-202.

Gibt es die Südostdeutschen (nicht mehr?) Zur Bezeichnung Deutscher im und aus dem südöstlichen Europa. In: Das Donautal-Magazin. Unabhängige Zeitschrift für Donauschwaben, deutsche Vertriebene und Flüchtlinge sowie Auslandsdeutsche, Jahrgang 38 – Nummer 181 vom 1. Mai 2014, S. 21-23.

Die deutschen Volksgruppen Mittel- und Südosteuropas seit dem Ersten Weltkrieg – Leidensweg, Status quo und Zukunftsaussichten. In: Volker Mueller (Herausgeber): Frieden und Krieg im 20. und 21. Jahrhundert – Ursachen, Konsequenzen, Alternativen. (= Schriftenreihe der Freien Akademie, Band 34). Neu-Isenburg 2015, S. 145-151, 209.

Schon 1831 wurde die Gründung einer deutschkatholischen Kirche gefordert. In: Der Humanist. Gemeinschaftsausgabe mit „Freie Religion“. Wege ohne Dogma, 24. Jahrgang, Heft 11, November 2015, S. 236-240,

Die Volksgruppe der Sudetendeutschen aus der Sicht der Historischen Ethnosoziologie. In: Jahrbuch Mies-Pilsen. Herausgegeben vom Heimatkreis Mies-Pilsen e. V., Dinkelsbühl, Band 22, 2016, S. 107-112 und in: Tatsachen – Meinungen – Standpunkte. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e. V., Pädagogischer Arbeitskreis für Mittel- und Osteuropa, Band XIII, 2016, S. 107-112.

Alkoholgegner und Weltverbesserer. Reichenberg als eine böhmische Hochburg der Lebensreformbewegung. In: Reichenberger Zeitung – Nordböhmisches Umschau, 155. Jahrgang. In: Sudetendeutsche Zeitung. Die Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jahrgang 68, Folge 30, München, 29. Juli 2016, Seite 13.

Franken und die „Donaufranken“. In: Das Donautal-Magazin. Unabhängiges Familienmagazin für Donauschwaben und andere deutsche Vertriebene und Flüchtlinge, Jahrgang 40 – Nummer 194 vom 1. Dezember 2016, S. 25-28.

Zur Krise der südostdeutschen Volksgruppen in Rumänien seit 1990. In Das Donautal-Magazin. Unabhängiges Familienmagazin für Donauschwaben und andere deutsche Vertriebene und Flüchtlinge, Jahrgang 41 – Nummer 196 vom 1. Mai 2017, S. 31-33.

Reformkatholizismus und Pantheismus vor 1844/1845. In: Freie Religion. Gemeinschaftsausgabe mit der „Der Humanist“. Wege ohne Dogma, 26. Jahrgang, Heft 7/8, Juli/August 2017, S. 150-154 und in: Glauben und Wirken, 5/2017, S. 36-41.

Fortsetzung auf S. 20

Fortsetzung von S. 19

Der erste Umbruch mit seiner Identitätskrise für Südostdeutsche 1914-1920 am Beispiel Rumäniens. In: Das Donautal-Magazin. Die weltweite Stimme der Donauschwaben und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge, Jahrgang 42 – Nummer 201 vom 1. März 2018, S. 18-20.

Das Ringen der Deutschen um ihre Identität in Rumänien 1920-1989. In: Das Donautal-Magazin. Die weltweite Stimme der Donauschwaben und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge,, Jahrgang 42 – Nummer 203 vom 1. Juli 2018, S. 22-25.

Die großdeutsche Bewegung in Böhmen, Mähren und Schlesien sowie in der sudetendeutschen Volksgruppe. In: Tatsachen – Meinungen – Standpunkte. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e. V., Pädagogischer Arbeitskreis für Mittel- und Osteuropa, Band XV – 2018, S. 21-40.

Gott bei unseren Ahnen – Mythos und soziale Wirklichkeit. In: Freie Religion. Gemeinschaftsausgabe mit der „Der Humanist“. Wege ohne Dogma., 27. Jahrgang, Heft 11, November 2018, S. 232-237.

Die Donauschwaben als ethnische Gruppe. In: Das Donautal-Magazin. Die weltweite Stimme der Donauschwaben und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge, 1. Teil: Jahrgang 43 – Nummer 206 vom 1. März 2019, S. 20-22; 2. Teil: Nummer 207 vom 1. Mai 2019, S. 18-20; 3. Teil: Nummer 208 vom 1. Juli 2019, S. 15; 4. Teil: Nummer 209 vom 1. September 2019, S. 14-19; 5. Teil: Nummer 201 vom 1. Dezember 2019, S. 28-30; 6. Teil: Jahrgang 44 – Nummer 211 vom 1. März 2020, S. 16-20; 7. Teil: Nummer 212 vom 1. Mai 2020, S. 16-18; 8. Teil: Nummer 213 vom 1. Juli 2020, S. 16-19; 9. Teil: Nummer 214 vom 1. September 2020, S. 15-18; 10. Teil: Nummer 215 vom 1. Dezember 2020, S. 27-28.

Acht freigeistige Soziologen: Ferdinand Tönnies, Franz Carl Müller-Leyer, Johannes Unold, Rudolf Goldscheid, René König, Johannes Neumann, Günter Kehrler und Horst Herrmann. In: Der Humanist. Gemeinschaftsausgabe mit „Freie Religion“. Wege ohne Dogma, 28. Jahrgang, Heft 4, April 2019, S. 88-92.

175 Jahre Freireligiöse Gemeinde Heidelberg. In: Freie Religion. Gemeinschaftsausgabe mit „Der Humanist“. Wege ohne Dogma, 29. Jahrgang, Heft 6, Juni 2020, S. 124-128.

Das Verbot freier Religion im Nationalsozialismus. In: Glauben und Wirken, 4/5 2020, S. 52-57.

Flucht, Verschleppung und Vertreibung der Donauschwaben aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. In: Glauben und Wirken, 1/2021, S. 16-22.

65 Jahre Körperschaft der Kirchenfreien Österreichs als Schutzverband der Staatsbürger ohne religiöses Bekenntnis. In: Glauben und Wirken, 2/2021, S. 22-26.

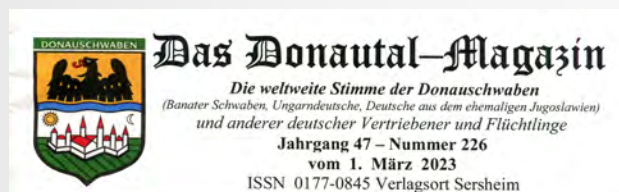
Der Glaubenswandel in Deutschland und Österreich im Zahlenspiegel. In: Die Kosmische Wahrheit. Godische Schriften zur Pflege des persönlichen Lebens, 66. Jahrgang, Nr. 3, März/Lenzing 2022, S. 28-34.

75 Jahre Arbeitskreis für donauschwäbische Volks- und Heimatforschung 1947-2022. In: Das Donautal-Magazin. Die weltweite Stimme der Donauschwaben und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge, Jahrgang 46 – Nummer 223 vom 1. Juli 2022, 17-18.

Das private Obergymnasium der Piaristen in Temeschburg 1791-1948. In: Das Donautal-Magazin. Die weltweite Stimme der Donauschwaben und anderer deutscher Vertriebener und Flüchtlinge, Jahrgang 46 – Nummer 223, S. 19.

Die „Germanen“ und „Gott“ – Eine notwendige Richtigstellung. In: Glauben und Wirken. Des 2022. Jahres drittes Heft, S. 6-21.7

Alle Bücher und Hefte von Mathias Weifert können beim Donauschwäbischen Buchdienst im Oswald Hartmann Verlag, Postfach 1139, 74370 Sersheim, Fernsprecher: 07042/33604, E-Post: oswald.hartmann@t-online.de bestellt werden



Neues donauschwäbisches Denkmal



Am 9. Dezember 2022 wurde auf dem Friedhof in Ergenzingen in Baden-Württemberg der Gedenkstein eingeweiht, der an das Schicksal der Donauschwaben erinnern soll (s. Seite 27).

Besuchen Sie die größte donauschwäbische Online-Buchhandlung www.donauschwaben-hartmann-verlag.de, in der Sie eine große Auswahl an Büchern über Donauschwaben und andere deutsche Vertriebene finden.



Eine Reise wert: Brunn

Brunn (tsch. Brno) ist die Hauptstadt von Mähren in der Tschechischen Republik. Die Burg auf dem Spielberg wurde zwischen 1021 und 1034 erbaut. Die Stadt erhielt 1243 von Wenzel I. das Stadtrecht. Die Stadt verteidigte sich erfolgreich 1428 gegen die Hussiten und im Dreißigjährigen Krieg 1645 gegen die Schweden. Der markante Spielberg war zwischen 1349 und 1411 der Sitz der luxemburgischen Markgrafen von Mähren. Zwischen 1740 und 1855 befand sich auf dem Berg ein österreichisches Staatsgefängnis.

Brunn war und ist ein lebhaftes Kulturzentrum. Sehenswürdigkeiten sind die Domkirche St. Peter und Paul aus dem 15. Jahrhundert, die St. Jakobs Kirche, das Rathaus aus dem Jahr 1511, das ehemalige Ständehaus (1588 – 1736), das Neue Rathaus sowie die ehemalige Statthaltereier (1737).

Bilder: oben links: Domkirche St. Peter und Paul; oben rechts: Neues Rathaus; unten: Festungshügel Spielberg/Quelle-Wikipedia/28.02.2023



HOH(L)SPIEGEL:

„Der Kurier aus dem Januar: informativ und doch vielfältig“/abwechslungsreich.

Schreiben von J. K. aus Norddeutschland
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carl

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de